



Ein Meilenstein: Das Neufahrner Wohnungsbau-Paket

Im Oktober beschloss der Gemeinderat ein ganzes Paket voller Maßnahmen, das Neufahrnerinnen und Neufahrnern mit niedrigem Einkommen das Wohnen in unserer Gemeinde erschwinglich machen soll: weg vom bisherigen reinen Profitdenken und hin zu sozialen Aspekten beim Bauen. Erfreulich ist, dass der Freistaat ein für Gemeinden sehr lukratives Förderprogramm aufgelegt hat. Das Gesamtkonzept, das einmalig für Neufahrn und auch für den Landkreis ist, wurde von Geschäftsleiter Eduard Sczudlek erstellt, enthält elf Beschlüsse, und ist wegweisend für die Zukunft.

Auch die SPD-Fraktion war mit Anträgen vertreten. Hier einige der gefassten Beschlüsse.

- Die SPD-Fraktion legte den sogenannten „SoBoN“-Antrag vor. SoBoN bedeutet „sozialgerechte Bodennutzung“: Beschlossen wurde, dass eine Grundlageneinbarung ausgearbeitet wird, in der „Neufahrner Grundsätze“ für die Baulandentwicklung festgesetzt werden. Bei Ausweisung eines Grundstücks zum Baugebiet durch die Gemeinde steigt der Wert von ca. 20 € für landwirtschaftliche Flächen auf ca. 500 € oder mehr pro Quadratmeter. Die Eigentümer und Investoren müssen sich bei diesem Wertzuwachs an den Folgekosten für die Allgemeinheit, das heißt die Gemeinde, beteiligen. Also an Planung, Gutachten, Ausgleichsflächen, Infrastrukturkosten, wie zum Beispiel Kindergärten oder Straßenbau. Außerdem sollen sie Wohnraum mit einer sozialen Bindung (öffentlich geförderter Wohnraum) bereitstellen, unser Vorschlag im Antrag liegt bei 30 Prozent. Diese Grundlageneinbarung gilt erst ab einer bestimmten Größe, nach unserem Vorschlag dann, wenn insgesamt mehr als 500 m² Geschossfläche für

Wohnen neu oder zusätzlich zugelassen werden. Diese Vereinbarung schafft Gleichbehandlung und Transparenz und funktioniert bereits in anderen Kommunen, zum Beispiel erfolgreich schon seit 15 Jahren in München. Am besten kann man das auf der Internetseite der Stadt München nachlesen, die ihre Erfolgsbilanz dort veröffentlicht hat. Auch Erding und Dachau haben bereits solche Grundlageneinbarungen eingeführt.

- Für öffentlich geförderte Wohnungen – und nur dafür – soll die Stellplatzsatzung reduziert werden, wodurch Bauen billiger wird.

- Auf einem Grundstück an der Bahnhofstraße werden günstige Wohnungen für Senioren geplant.

- An der Ganghoferstraße, beim alten Sportplatz und im Baugebiet Süd wird geprüft, ob und wie öffentlich geförderter Wohnungsbau möglich und rasch umsetzbar ist.

- Eine Neufahrner Wohnungsbau-Genossenschaft könnte in greifbare Nähe rücken, denn die Verwaltung erhielt den Auftrag, Möglichkeiten hierfür vorzulegen.

- Wichtig war auch ein weiterer Beschluss, in dem sich der Gemeinderat bei neuen Baugebieten zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum bekennt, künftig öffentlich geförderten Wohnungsbau berücksichtigt oder alternativ Einheimischen-Modelle auflegt. Damit dies nicht bei einem Lippenbekenntnis bleibt, wollte die SPD-Fraktion,

dass sich die Gemeinde selbst verpflichtet, gemeindeeigene Wohnflächen für den öffentlich geförderten Wohnungsbau zu verwenden. Dieser Antrag wurde leider ganz knapp mit 10:10 Stimmen abgelehnt.

Beate Frommhold-Bubl



Wertzuwachs dieser Wiese bei einer Ausweisung zum Bauland: über 2000 Prozent

Zweite Runde der Aktion „Wir müssen reden“ abgeschlossen

Hier eine erste Auswertung der Fragebögen und der Gespräche an unseren Info-Ständen in Massenhausen, Giggenhausen, Neufahrn-Nord, zwischen Echinger Straße und Lohweg und zwischen Bahnhofstraße und Max-Anderl-Straße.

Die gemeinsamen Themen aller Gebiete: Zu schnelles Fahren und fehlende Verkehrskontrollen; schwer einsehbare Straßeneinmündungen durch zu hohe Hecken privater Gärten und fehlendes Einschreiten der Gemeinde. Fast überall wurde kritisiert, dass Flughafenparker ungehindert überall stehen können. Genannt wurde auch der Parkplatz beim Gymnasium. Wir haben nachgeschaut und gezählt: Zu Beginn der Herbstferien parkten dort knapp 80 Autos, alle mit ortsfremden Kennzeichen. Parken für Urlauber zum Nulltarif muss in Neufahrn wirklich nicht sein. Hier brauchen wir eine Regelung.

In Massenhausen und Giggenhausen stieß unser Angebot zu reden auf wenig Interesse. Das freut uns, denn für uns heißt das, dass dort die Welt in Ordnung ist. In Massenhausen wünscht man sich Spielmöglichkeiten für die ganz Kleinen, bemängelt wurde die Verkehrssituation An der Moosach.

Zwei Verkehrsspiegel wünscht man sich im Giggenhausen.

In Neufahrn-Nord wurde vor allem der Zustand der Unterführung stark kritisiert und fehlende Spielgeräte für ganz Kleine auf dem Spielplatz, der als „sehr lieblos“ bezeichnet wurde. Ein Bolzplatz wurde mehrfach gewünscht. Trotz einiger Maßnahmen sei die Ausfahrt der Massenhausener Straße wegen eingeschränkter Sicht immer noch sehr gefährlich.

Ebenfalls als gefährlich für Kinder wurde die Kreuzung Lohweg-Am Hart eingestuft, Anwohner der Ganghofer Straße wünschen sich einen Spiegel für die Ausfahrt in die Dietersheimer Straße.

In der Max-Anderl-Straße und weiteren Nebenstraßen waren vor allem Parken und rücksichtslose Autofahrer Thema Nummer 1.

Eine ausführlichere Auswertung der zweiten Runde werden wir demnächst auf unsere Homepage (www.spdneufahrn.de) stellen. Im Frühjahr geht die SPD-Aktion „Wir müssen reden“ in anderen Vierteln weiter. In der Zwischenzeit werden wir versuchen, einige der Anregungen umzusetzen.

Beate Frommhold-Buhl



Makulatur

Viele dachten zunächst an einen kleinen Scherz, als sie plötzlich da war: Die lange erwartete Schwelle am Bahnhofsvorplatz, die nun Rowdys und Raser davon abhalten soll, mit quietschenden Reifen um den Kreislauf zu schleudern. Anwohner hatten den Lärm und die Gefährdung kritisiert. Im September 2015 griffen daher SPD und FDP diesen Missstand im Gemeinderat auf. Ein Jahr später dann die mit Spannung erwartete Lösung des Problems: Die Schwelle kam, und war wohl doch kein Scherz.

Sliden kann man allerdings immer noch ohne Probleme, nämlich drum herum. Macht aber nichts, denn demnächst kommt die Schwelle sowieso wieder weg, sie würde die Räumfahrzeuge im Winter stören. Wir sagen: Netter Versuch, leider missglückt, also auf ein Neues im nächsten Jahr.

Victor Weizenegger

Der Neufahrner Zankapfel: Die geplante Buslinie 692

Seit Bau des Gewerbegebietes Römerweg und dem Kino besteht der Wunsch nach einer geeigneten öffentlichen Verkehrsanbindung. Eine Buslinie, ausgehend vom Bahnhof, kann auch weitere Teile Neufahrns wie das neu entstehende NOVA und Wohnsiedlungen im Süden anbinden und die Verbindung nach Hallbergmoos und zur S8 verbessern. Diese neue Linie 692 wurde im Mai von den

Gemeinderäten in Neufahrn und Hallbergmoos beschlossen. Die konkrete Linienführung durch den Neufahrner Süden wurde indes Gegenstand hitziger Diskussionen. Ein endgültiger Beschluss soll am 21. November folgen. Der Stand der Diskussion, auch in der SPD-Fraktion, spiegelt sich im folgenden Pro und Kontra.



Victor Weizenegger,
Stv. Vors. Jusos Freising

Pro – von Victor Weizenegger

- Die Anbindung der Gewerbegebiete Römerweg und NOVA reduziert den Pkw-Verkehr. Nicht jeder Arbeitnehmer verfügt über ein Auto, insbesondere gilt dies für Auszubildende. Ein Bus erleichtert

das Erreichen des Arbeitsplatzes.

- Das Kino und die anderen Angebote des dortigen Freizeitbereiches werden erschlossen. Jugendliche sind nicht mehr auf „Elterntaxis“ angewiesen. Ihre Interessen sind ebenso wichtig wie die der Erwachsenen.

- In den angeschlossenen Wohngebieten leben auch viele Menschen ohne Auto oder mit eingeschränkter Mobilität. Die Buslinie gibt ihnen ein Stück Eigenständigkeit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmtheit zurück. Eine Gemeinde darf Politik nicht nur für Autofahrer machen.

- Die Lärmemissionen durch Busse sind in den letzten 10 Jahren stark zurückgegangen. Dies wird sich durch immer neue Technologien (womöglich bald Elektroantriebe) weiter fortsetzen. Lieber ein Bus als 50 Autos.

- Nach einer vierjährigen Erprobungsphase werden Buslinien üblicherweise auf 10 Jahre ausgeschrieben. Mit Betriebsbeginn zum Jahresende 2017 ergibt sich also ein Planungshorizont bis ins Jahr 2032. Politische Entscheidungen müssen langfristig durchdacht werden und dürfen sich nicht nur am Status Quo oder Bürgerprotesten orientieren.

- Für Betriebe auf Standortsuche ist eine ÖPNV-Anbindung ein entscheidendes Kriterium. Die Buslinie verschafft dem Gewerbegebiet Römerweg daher einen Standortvorteil. Neufahrn braucht dringend mehr Gewerbe, um die Steuereinnahmen zu erhöhen. Bei Infrastrukturplanungen muss der langfristige Nutzen durch Mehreinnahmen genauso in die Überlegung einfließen.

Kontra – von Manuela Auinger

- Als Mitglied im Finanzausschuss sehe ich zunächst die nicht unerheblichen zusätzlichen, und immer wiederkehrenden Kosten im sechsstelligen Bereich, die durch die Einführung dieser Linie auf die Gemeinde Neufahrn zukommen. Bei der finanziellen Situation der Gemeinde und vielen geplanten wichtigen und kostenintensiven Projekten sind diese nicht zu vertreten.

- Gemeinderäte waren im Rahmen von Besichtigungen mehrmals bei Firmen im Gewerbegebiet am Römerweg eingeladen. Bei diesen Terminen wurde immer wieder durch die Firmen betont, dass sie sich an Kosten für eine öffentliche Erschließung des Gewerbegebietes beteiligen würden. Auf diesbezügliche Nachfragen im Gemeinderat wurde mir dann aber mitgeteilt, dass keine konkreten Zusagen in der Verwaltung vorliegen. Offen dabei ist, ob dem auch hartnäckig genug nachgegangen wurde oder noch wird.

- Der Takt von voraussichtlich vierzig Minuten für die neue Linie ist für viele Arbeitnehmer im Gewerbegebiet nicht geeignet. Sie arbeiten im Schichtbetrieb und wollen nicht noch lange warten, bis der Bus kommt. Außerdem bieten manche Firmen inzwischen für ihre Arbeitnehmer zeitlich passend einen Shuttleservice zur S-Bahn an.

- Die Linienführung durch Wohngebiete mit Spielstraßen und sehr engen Straßen im Neufahrner Süden hat zu Widerstand in der Bevölkerung geführt, auch wegen der Größe der Busse.

- Die Belastung der Anwohner in der Bahnhofstraße und direkt am Bahnhof steigt.

- Mir fehlt auch die Information zu den einzelnen Haltestellen, eventuell wegfallenden Parkplätzen und möglicherweise notwendigen baulichen Veränderungen an Straßen und Gehwegen.



Manuela Auinger,
Gemeinderätin

Der Weg in eine gute und gerechte Zukunft – Bundestagskandidat Andreas Mehlretter stellt sich vor

Abstiegsangst und Sorge um die Zukunft erleben wir zurzeit in vielen Bereichen unserer Gesellschaft. Dies hat viele Ursachen: Soziale Ungleichheiten erzeugen das Gefühl, dass gesicherte Lebensverhältnisse oder gar ein Aufstieg immer seltener werden. Natürlich stellt uns die Integration von hundertausenden vor Krieg und Terror geflohenen Menschen vor Herausforderungen, die wir aber sicherlich bewältigen können.

Wir brauchen deshalb eine Politik, die für eine gerechtere Gesellschaft sorgt, in der für jede und jeden ein gutes Leben möglich ist und Schicksalsschläge durch die Gemeinschaft aufgefangen werden. Für mehr Gerechtigkeit müssen wir die Ungleichheiten in den Chancen, Einkommen und Vermögen bekämpfen.

Gleiche Chancen schaffen wir nur mit Bildung, und vor allem mit Bildung in den ersten Lebensjahren. Diese Bildung müssen sich aber alle leisten können: Kitas und Kindergärten müssen gebührenfrei werden, damit alle Kinder die gleichen Chancen auf gute Bildung und Betreuung haben und es auch Frauen leichter möglich ist, zu arbeiten.

Gerade auf dem Arbeitsmarkt können wir mit der richtigen Politik für mehr Stabilität und Sicherheit im Leben vieler Menschen sorgen, etwa indem wir prekäre Beschäftigung, Werkverträge und Leiharbeit strikt regulieren und die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern durchsetzen – erste Schritte wurden auf Betreiben der SPD mit dem kürzlich beschlossenen Lohngleichheitsgesetz unternommen.

Für mehr Gerechtigkeit brauchen wir auch Änderungen in unserem Steuersystem: Wir müssen bei der Einkommenssteuer und den Abgaben die unteren und mittleren Einkommen entlasten und gleichzeitig den Spitzensteuersatz für besonders hohe, sechsstelligen Einkommen anheben.

Außerdem brauchen wir eine Erbschaftsteuer, die mit hohen Freibeträgen normale Bürgerinnen und Bürger außen vor lässt, aber den Erben von Millionenvermögen endlich einen fairen Beitrag zum Gemeinwesen abverlangt – im Moment profitieren von dieser Steuer hauptsächlich die Erben großer Unternehmen.

Steuereinnahmen sind dabei aber natürlich kein Selbstzweck: Deutschland investiert seit Jahren viel zu wenig. Wir müssen unser Land zukunftsfest machen, so dass wir mit Zuversicht auf die nächsten Jahrzehnte blicken können: mit Investitionen in unsere Kindergärten, Schulen und Universitäten, in öffentlichen Nah- und Fernverkehr, Energie- und Glasfaser-Internet, und vor allem in bezahlbaren Wohnraum!

Kluge Investitionen, kostenfreie Bildung und eine faire Verteilung der Lasten in unserem Steuersystem sind für mich notwendige Meilensteine auf dem Weg zu einer gerechteren Gesellschaft, für die ich mich im Bundestag einsetzen will.

Andreas Mehlretter, 24, studiert an der LMU in München Economics im Master und Politikwissenschaften im Bachelor und ist Vorsitzender der Jusos und Stellvertretender Vorsitzender der SPD im Kreis Freising.



Bundestagskandidat Andreas Mehlretter will sich für eine gerechtere Gesellschaft einsetzen

Die SPD Neufahrn wünscht Ihnen frohe Weihnachten und ein erfolgreiches neues Jahr 2017!

Neufahrn

SPD